

# UNION

## *in Deutschland*

### INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

## Ludwig Erhards Erfolg

Nach zwölfstündigen Verhandlungen Einigung der Tarifpartner – Unermeßlicher Schaden abgewendet

Eine große Gefahr ist vom deutschen Volk abgewendet worden. Dem vermittelnden Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard ist es gelungen, die beiden Tarifpartner der Metallindustrie zur Beendigung des Arbeitskampfes zu veranlassen. Nach einer fast zwölfstündigen dramatischen Marathonsitzung bei Prof. Erhard kam es zwischen den Vertretern der IG Metall und der baden-württembergischen Metallindustrie zu einer Einigung. Damit kann in letzter Minute ein kaum abzuschätzender wirtschaftlicher Schaden abgewehrt werden. Der besondere Dank gilt Bundeswirtschaftsminister Erhard, ohne dessen vermittelnde Rolle und entscheidende Initiative die Beilegung des Arbeitskonfliktes nicht hätte erreicht werden können. In seiner ersten Stellungnahme hat Prof. Erhard versichert: „Das deutsche Volk kann aufatmen, weil größeres Unheil von ihm abgewendet ist.“

Nach neun Tagen Streik und sieben Tagen Aussperrung geht die bisher größte Störung des Arbeitsfriedens in Deutschland seit 30 Jahren dem Ende zu, nachdem sich Arbeitgeber und -nehmer auf eine fünfprozentige Lohnerhöhung geeinigt haben. Ausgangspunkt des Arbeitskonfliktes waren Tarifstreitigkeiten. Die Tarifverträge in der Metallindustrie waren am 28. Februar auslaufen. Die ersten Gespräche der Tarifpartner über einen neuen Tarif mit volkswirtschaftlich vertretbaren Lohnerhöhungen blieben ohne Erfolg. Daraufhin kündigte die IG Metall den bestehenden Vertrag und verlangte 8 Prozent Lohnerhöhungen. Die Arbeitgeber waren nur zu 3,5 Prozent und später zu 4,5 Prozent bereit. Die Gewerkschaften gingen mit ihrer Forderung auf 6 Prozent herunter. Es blieb aber eine Differenz von 1,5 Prozent Lohnerhöhung. Die IG Metall war nicht bereit, auf ihre Forderung zu verzichten und begann den bisher größten Streik durchzuführen. Die große Zustimmung der gewerkschaftlich organisierten Metallarbeiter zum Streik dürfte aber nicht Ausdruck eines allgemeinen Streikwillens gewesen sein. Denn bisher genügte jede Streikurabstimmung, um die Gegenseite zur Annahme der gewerkschaftlichen Forderungen zu bewegen. Daß es auch wirklich zum Streik kommen würde, hatte freilich keiner geahnt. Um die Gewerkschaftskassen zu schonen, hatte die IG Metall zunächst den Streik in wichtigen Schwerpunktbetrieben Baden-Württembergs proklamiert. 120 000 Arbeiter in bedeutenden Zuliefererbetrieben für die Autoindustrie traten am 1. Mai in den Ausstand. Die Antwort der Unternehmer in der Metallindustrie war die totale Aussperrung aller Metallarbei-

ter im bestreikten Gebiet. Am 30. April wurde in Baden-Württemberg in 800 Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten 370 000 Arbeitern gekündigt. Mit diesem Schritt hofften die Arbeitgeber, die Gewerkschaftskassen zu treffen und den Arbeitskampf zu verkürzen, weil auch die Ausgesperrten Streikunterstützung erhalten müssen. Gleichzeitig kündigte die IG Metall die Ausdehnung ihrer Kampfmaßnahmen auch auf Nordrhein-Westfalen an.

## Radikalismus und Vernunft

Die Streiksituation spitzte sich schnell politisch zu. Schon am 1. Mai bedienten sich verschiedene sozialistische Gewerkschaftsfunktionäre ausgesprochen scharfmacherischer Klassenkampffarolen. So erklärte der bayerische DGB-Landesvorsitzende Linsert auf einer Mai-Feier in München, die über den Rundfunk übertragen wurde: „Mit Skandalen und Krisen geht in diesem Jahr eine Kanzler-Demokratie ihrem Ende entgegen. Beinahe als selbstverständlich befinden sich immer noch hohe und höchste Funktionäre des faschistischen Regimes in Justizverwaltung, Polizei und Bundeswehr. Nichts kennzeichnet die Zwielfichtigkeit unserer Regierungen im Lichte der Friedensbotschaft des Papstes mehr als die Begegnung von de Gaulle und Adenauer, bei der am Vormittag ein feierliches Pontifikalamt zelebriert und am Nachmittag eine große Militärparade abgehalten wurde.“ Auch die Mai-Kundgebungen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg fanden in ausgesprochener Kampf Stimmung statt. Der OTV-Vorsitzende Kummernuß verstieg sich in Stutt-

Für die deutsche Volkswirtschaft stand damit fast alles auf dem Spiel. Sie mußte nicht nur einen täglichen Produktionsausfall von vielen Millionen DM, sondern auch den Verlust bedeutsamer Auslandsmärkte befürchten. Allein die Arbeitsniederlegung in den Boschwerken hätte in wenigen Tagen die gesamte deutsche Automobilindustrie, die zu 50 Prozent vom Export lebt, lahmgelegt. Ford drohte mit der Schließung am 8. Mai und die Volkswagenwerke am 9. Mai. Die Opelwerke und die Autounion hätten spätestens am 13. Mai die Produktion einstellen müssen. Wenn Autofabriken schließen, werden aber zugleich Tausende von Zuliefererbetrieben getroffen. Der geplante Streik an Rhein und Ruhr und dessen Fortsetzung in Baden-Württemberg hätte nach vorsichtigen Schätzungen in kürzester Zeit über eine Million Arbeiter brotlos gemacht. Wie eine Epidemie hätten Streik und Aussperrung um sich gegriffen und die gesamte deutsche Wirtschaft erfaßt.

gart zu der Behauptung: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern sich auch in den letzten hundert Jahren nicht geändert hat.“

Angesichts der sich zuspitzenden Streiksituation mahnten der Bundespräsident, Erhard, Kiesinger, Blank und Dufhues die Tarifpartner zur Einsicht und zu weiteren Verhandlungen. Mehr Mittel standen ihnen nicht zu Gebote, denn in der Bundesrepublik gilt der Grundsatz der Tarifautonomie, d.h. die Tarifverträge werden ohne jegliche staatliche Mitwirkung nur von den Tarifpartnern geschlossen. Einigen sich die Partner nicht, so hat der Staat kein Recht zur Zwangsschlichtung der Streitigkeiten. In der Weimarer Zeit und in skandinavischen Staaten galt und gilt die unumschränkte Tarifhoheit nicht. Dort kann der Staat, sofern unverantwortliche Streiks bevorstehen, die Tarifpartner zu einem Kompromiß zwingen. In Amerika gilt das Taft-Hartley-Gesetz, das bei Streiks der Regierung die

Fortsetzung Seite 2

# Ludwig Erhards Erfolg

Fortsetzung von Seite 1

Vollmacht gibt, Arbeitsniederlegungen bis zu 80 Tagen zu unterbrechen. Die außerordentlich gefährliche Situation, die unversehens für die deutsche Wirtschaft entstand, führte zu Überlegungen, wie man einer solchen verhängnisvollen Entwicklung vorbeugen könne, ohne die Tarifautonomie aufzuheben.

So erklärte der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Dufhues, im Saarland, daß es mit der Einführung einer Art „Taft-Hartley-Gesetz“ der Bundesregierung die Möglichkeit zu verschaffen gelte, bei Tarifaufeinandersetzungen eine Beruhigungspause anzuordnen. Nützlich erscheine ihm auch ein Gutachtergeheimnis, das bei Tarifstreitigkeiten zur Klärung sachlicher Fragen eingesetzt werde. Der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Dr. Wilhelm Fay, meinte: „Ausprüche wie, Nehmt, was ihr bekommen könnt“ und der Verdacht, daß hinter überhöhten Lohnforderungen vielleicht andere als realistische und sachliche, sondern vielmehr innen- oder parteipolitische Gründe verborgen sein könnten einerseits, sowie die Befürchtung, daß andererseits Prestige Gründe in die Waagschale geworfen werden, statt sachlich zu sprechen, sind für den Politiker Anlässe zu großen Sorgen. Es soll hier nicht einer Zügelung der Tarifautonomie das Wort geredet werden, und wir vergessen auch nicht, daß die Bundesrepublik zu den streikarmen Ländern gehört. Es sollte aber zu diesem 1. Mai die Forderung nach einer neuen Sachlichkeit im Verhältnis der Tarifpartner zueinander erhoben werden; einer Sachlichkeit, die sich nicht am Klassendenken der Vergangenheit, sondern an der gemeinsamen Sorge um die Gesamtwirtschaft und damit an der Idee des ‚Wohlstandes für alle‘ orientiert.“

## Zweideutige Haltung der SPD

Bedenklich mußte die doppelzüngige Politik der SPD anmuten, die einerseits der Regierung vorwarf, den Streik nicht verhindert zu haben, andererseits völlig einseitig Partei bezog und der Regierung empfahl, Bundesmittel für die Unterstützung der Streikenden zur Verfügung zu stellen. Ministerpräsident Kiesinger erklärte zu dem Doppelspiel der SPD im Metallarbeiterstreik: „Die SPD hätte sich etwas besseres einfallen lassen können, als mir und der Regierung Vernachlässigung meiner Vermittlerpflichten vorzuwerfen. Sie, die in einem Atemzug den Arbeitskampf beklagt und einseitig Partei nahm, maß sich nun an, in dem Arbeitskampf zu vermitteln. Ich dagegen enthalte mich jeder Parteinahme. Ich nehme

## CDU-Abgeordneter ausgezeichnet

Für seine Verdienste um den Wiederaufbau der Elbe-Schiffahrt nach dem Zusammenbruch hat der Bundespräsident den Hamburger CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Dr. Helmuth Rhenius mit dem Großen Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Rhenius steht heute in Aufsichtsräten und Organisationen der Binnenschiffahrt an führender Stelle.

nicht Partei für Arbeitnehmer oder -geber, ich nehme nur Partei für das deutsche Volk, das den Arbeitskampf nicht will.“

## SPD gegen Erhard

Die Hoffnungen auf eine baldige Beilegung des Lohnstreiks konzentrierten sich auf Bundeswirtschaftsminister Prof. Erhard, der sich für ein vermittelndes Gespräch zur Verfügung gestellt hatte. In aller Deutlichkeit erklärte er, daß er die streitenden Parteien eindringlich auf ihre Verantwortung für das Gemeinwohl hinweisen werde. Bevor aber die Vermittlungsgespräche begannen, ließ Brenner durchblicken, daß er zu keinen Konzessionen bereit sein werde und erklärte, daß er keine Chancen sehe, zu einer Einigung zu gelangen. Anstatt dieses Vermittlungsgespräch im Interesse des deutschen Volkes zu begrüßen und zu fördern, nahm die SPD auch diese Gelegenheit wahr, Parteipolitik zu betreiben. „Erhard ist kein passender Vermittler“ schrieb der SPD-Pressedienst am Montag, wenige Stunden vor Beginn der Verhandlungen, auf die alle ihre Hoffnungen setz-

Zu den ersten Glückwünschen, die Prof. Erhard für seine erfolgreichen Bemühungen erhielt, gehört ein Telegramm des Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Dufhues, in dem es heißt: „Zum erfolgreichen Ausgang Ihrer Bemühungen um Vermittlung in den Tarifaufeinandersetzungen in der Metallindustrie sende ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche. Ihr Eingreifen hat unermeßlichen Schaden von der Bundesrepublik abgewandt und bedrohte Arbeitsplätze gesichert. Die CDU dankt Ihnen dafür.“

ten. Der SPD-Pressedienst schrieb weiter, Erhard könne nicht Vermittler in einer Sache sein, in der er bereits Partei gewesen sei, bevor sie zum Konflikt wurde. Erhard habe in seinem Wirtschaftsbericht als Grenze einer Lohnerhöhung 3,5 Prozent angegeben, diese 3,5 Prozent seien „der Knüppel“, mit dessen Hilfe man die Machtprobe mit der Gewerkschaft auszutragen sucht.“

Für die Arbeitgeber sei es leicht, so meinte der Pressedienst, zu Erhard zu gehen und pharisäerhaft zu mahnen, beide Sozialpartner möchten den Überlegungen des Ministers in gleicher Weise Beachtung schenken. Erhard müßte auf seinen Wirtschaftsbericht und die dort angegebene Grenze der Lohnsteigerung verzichten, wenn er in dem Gespräch mit den Tarifpartnern über die 3,5 Prozent hinaus einen Vermittlungsvorschlag unterbreite. Für die Vertreter der IG Metall sei das Gespräch mit Erhard ein Beweis ihrer Loyalität gegenüber der politischen Demokratie.

Am Montagnachmittag um 16 Uhr wurde dann das entscheidende Gespräch im

Fortsetzung Seite 6

## Die Arbeit des Bundestages

Die Bundesregierung hat am Dienstag einen Gesetzentwurf für die Verbesserung der Kriegsoferversorgung verabschiedet. Danach sind jährlich etwa 700 Millionen DM für die Verbesserung der Kriegsoferversorgung vorgesehen. Ursprünglich hatte die Regierung sich nur in der Lage gesehen, 500 Millionen DM für diesen Zweck in den Etat einzusetzen zu können.

Der Entwurf der Bundesregierung sieht nun vor:

1. Die Grund- und Elternrenten sollen im Durchschnitt um 10 bis 11 Prozent erhöht und gleichzeitig die Anrechnungsbestimmungen bei der Ausgleichs- und Elternrente verbessert werden.
2. Der Berufsschadensausgleich, den es bisher nur für hundertprozentig erwerbsunfähige Schwerbeschädigte gab, soll auf alle Beschädigten ausgedehnt werden, die durch die Schädigung beruflich besonders betroffen sind. Als Höchstbetrag sind dafür 400 DM vorgesehen.
3. Auch für Witwen, die durch den Tod ihres Mannes beruflich besonders betroffen sind, soll ein Berufsschadensausgleich eingeführt werden, der unabhängig von der Ausgleichsrente zu gewähren ist. Der Höchstbetrag wurde im Entwurf auf monatlich 200 DM festgesetzt.
4. Bei der Elternrente soll in Zukunft die Prüfung vereinfacht werden. Die Rente soll für das Elternpaar von 150 auf 170 DM und für ein Elternteil von 100 auf 110 DM heraufgesetzt werden.
5. Die Waisenrente soll bei Halbweisen von 30 auf 40 DM und bei Vollweisen von 60 auf 70 DM erhöht werden.

Außerdem ist eine Verbesserung der Pflegezulage für die 6000 Kriegsblinden vorgesehen. Hier soll die zuletzt gewährte Gesamtrente um 10 Prozent erhöht werden.

Der Gesetzentwurf soll so rechtzeitig dem Bundesrat zugehen, daß dieser ihn auf seiner Sitzung am 31. Mai verabschieden kann. Die Koalitionsfraktionen wünschen, daß die Behandlung des Kriegsoferversorgungsentwurfes der Bundesregierung dann am 19. Juni vorgenommen werden soll, zusammen mit den übrigen bereits vorliegenden Entwürfen zu dieser Materie. Die übrigen Entwürfe, die von der SPD, der FDP und von einem Teil der Abgeordneten der CDU/CSU vorgelegt worden sind, erfordern jeweils erheblich höhere Mittel. Wegen der angespannten Haushaltslage können aber nicht mehr als 700 Millionen DM in den Etat eingesetzt werden.

## Evangelischer Arbeitskreis

Der Evangelische Arbeitskreis des CDU-Landesverbandes Berlin hat Prof. Dr. Dilschneider zum Vorsitzenden und den Steglitzer Jugendstadtrat Erich Mach zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Arbeitskreis, dem nicht nur CDU-Mitglieder angehören, hat es sich zur Aufgabe gemacht, unter den evangelischen Mitbürgern das Bewußtsein für politische Mitverantwortung zu wecken.

# „Kein Grund zur Unruhe“

Landesparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern

**Zustimmung zur Nominierung Erhards als Nachfolger Adenauers, Intensivierung der Parteiarbeit sowie die Forderung nach Fortsetzung der bisherigen geradlinigen Politik waren die Themen, die den Parteitag des CDU-Landesverbandes Südwürttemberg-Hohenzollern in Hechingen kennzeichneten.**

Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger, der in seiner Rede deutlich machte, daß sich die CDU im Gegensatz zur SPD immer selbst treu geblieben sei, erklärte: „Es ist geschichtlich evident, daß sich die SPD schwerwiegend geirrt hat. Einem Manne, der jahrelang von der SPD wegen der richtigen CDU-Politik angegriffen wurde, darf man es nicht verargen, wenn er die SPD gelegentlich an ihre Irrtümer erinnert. Mir liegt es sicher nicht daran“, so fuhr Kiesinger fort, „Willy Brandt anzugreifen, aber er soll sich doch ins Gedächtnis zurückrufen, jahrelang mit den Wölfen geheult und jene geschmäht zu haben, die z. B. gegen die SPD den Beitritt zur NATO durchsetzten. Ich freue mich zwar über jeden, der seinen Irrtum einsieht, aber wenn es darum geht, das Volk zu fragen, wen willst du wählen, jene, die sich nicht geirrt haben oder die, die nur sehr spät und zögernd die Richtigkeit der Gegenseite anerkannt haben, dann kann es nur eine Antwort geben.“

Kiesinger warnte auch davor, die demoskopischen Meinungsumfragen überzubewerten und meinte dazu: „Schon einmal lag die SPD vor der CDU, so in der Zeit von 1950 bis 1953 und von 1953 bis 1957, trotzdem ergaben die Bundestagswahlen ein gänzlich anderes Ergebnis. Deshalb besteht auch jetzt für die CDU kein Grund zur Unruhe. Grund zur Unruhe haben wir nur, wenn wir uns selbst untreu werden.“

Der baden-württembergische Ministerpräsident erklärte unter lebhaftem Beifall zu der Kanzlernachfolge: „Die CDU muß sich jetzt geschlossen hinter Erhard stellen und ihn unterstützen, wo sie kann. Wenn Prof. Erhard nach oft zermürbenden Auseinandersetzungen ermüdet zu sein schien, so wird ihm das Vertrauen der Union die alte Kraft und Sicherheit, die seine Politik auszeichnete, wiedergeben.“

Der Vorsitzende der CDU Württemberg-Hohenzollern, Eduard Adorno, MdB, begrüßte die Nominierung Erhards mit den Worten: „Bundeswirtschaftsminister Erhard hat bisher Ausdauer, Härte und staatsmännische Konstitution bewiesen. Das von beispiellosem Erfolg gekrönte Werk ist ohne Ludwig Erhard nicht denkbar.“

Bundesfamilienminister Dr. Heck stellte die Frage: „Woher kommt das Mißtrauen der SPD gegen den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, von einer Partei, die erst vor vier Jahren einen Deutschlandplan vorlegte, der auf einem geradezu märchenhaften Vertrauen gegenüber den Kommunisten beruhte? Ich glaube“, so fuhr Dr. Heck fort, „daß die SPD erkannt hat, welcher großer Erfolg dieser Vertrag für die CDU darstellt. Nur darum versucht die SPD, den Wert des Freundschaftsvertrages durch kleinliche Opposition in der Öffentlichkeit zu demontieren.“

Neben den großen politischen Problemen waren es Fragen der Intensivierung der Parteiarbeit und der Parteireform, die vor allem in der Aussprache von den Delegierten diskutiert wurden. Landesvorsitzender Eduard Adorno konnte darauf hinweisen, daß sich sein Landesverband in den letzten Jahren „besonders der Parteireform gewidmet hat.“ Er erklärte: „Die CDU muß nach Jahren beispiellosen Erfolges ihre gesamte Kraft zusammennehmen, das Erreichte zu erhalten und die Stagnation zu überwinden. Wir müssen noch mehr tun, um nach außen hin attraktiver zu werden, damit wir diejenigen gewinnen können, die uns zwar nahestehen, aber sich der Union noch nicht angeschlossen haben.“

In einer Entschließung forderte die Landesversammlung den Landesvorstand auf, „sich nachdrücklich für die Schaffung des vom Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU, Dufhues, vorgeschlagenen Studienzentrums der CDU einzusetzen. Die Landesversammlung ist der Auffassung, daß es die Hauptaufgabe dieses Studienzentrums sein sollte, die Grundfragen der Politik der CDU zu untersuchen und aus diesen Untersuchungen heraus Thesen zu entwickeln, die dann in der gesamten Christlich-Demokratischen Union diskutiert werden sollten. Die Ergebnisse dieser Diskussion müßten von den Verantwortlichen aller Organe der CDU formuliert und als Ergebnis der Aussprache der Mitglieder an die Führung der CDU übermittelt werden. Die Landesversammlung ist der Ansicht, daß auf diese Art der dringend erwünschte Gedankenaustausch zwischen der Führung der CDU und ihren Mitgliedern verstärkt werden kann.“

Angenommen wurden ebenfalls die Resolutionen der drei Arbeitskreise Familienpolitik, Landwirtschaftspolitik und Landespolitik. In der Entschließung zur Familienpolitik hieß es u. a.: „Die Landesversammlung der CDU ist der Auffassung, daß der Familienlastenausgleich in erster Linie durch eine wesentliche Erhöhung des Kindergeldes verwirklicht werden sollte. Liegt nämlich der Schwerpunkt auf dem Kindergeldgesetz, kann auf den Einbau von Sonderklauseln für die kinderreiche Familie in den übrigen einschlägigen Gesetzen weitgehend verzichtet werden.“

Der landwirtschaftliche Arbeitskreis forderte eine „umfassende ländliche Raumordnung, um dadurch Voraussetzungen für eine nachhaltige Agrarstrukturverbesserung zu schaffen und eine Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EWG, um das deutsche Agrarpreisniveau zu gewährleisten und das Kernstück christlich-demokratischer Agrarpolitik, den rationell geführten bäuerlichen Familienbetrieb, keinesfalls zu gefährden.“

Zum Schluß des Parteitages wählte die Landesversammlung Eduard Adorno wieder zu ihrem Vorsitzenden.

# Auf ein Wort

Liebe Freunde,

Professor Ludwig Erhard hat unermeßlichen Schaden von der Bundesrepublik abgewendet. Als er die Tarifpartner zum Gespräch zu sich bat, standen ihm nicht die Vollmachten etwa eines staatlichen Schlichters zur Verfügung. Er griff nicht in die Tarifautonomie ein. Er brachte nur die volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte zum Tragen, die unser aller Wohl bestimmen. Er sprach nicht von Prozenten, sondern vom bedrohten Export, vom bedrohten Arbeitsplatz und von der Fragwürdigkeit eines „Sieges“, der eine zerrüttete und gefährdete Wirtschaft zurückgelassen hätte. Seine Waffe war seine Autorität, seine Autorität als Schöpfer der Sozialen Marktwirtschaft.

Wir haben allen Grund, ihm für sein Eingreifen dankbar zu sein und sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmer und Arbeitgeber nicht anders empfindet. Zwei Wochen sind der Beschluß unserer Bundestagsfraktion und die Zustimmung des Bundesvorstandes der CDU alt, Erhard als Kandidat der Union für die Nachfolge Konrad Adenauers im Amt als Bundeskanzler vorzuschlagen. Der Verlauf der 12stündigen Sitzung der Tarifpartner im Wirtschaftsministerium ist wie eine Bestätigung dieses Beschlusses in einer kritischen Stunde von höchstem politischem Gewicht.

Daß sich Erhards Eingreifen behutsam und ohne große Worte vollzog, unterstreicht noch die Leistung, die er hier vollbracht hat. Es ist keine Übertreibung zu sagen, daß Erhard sein Kind, die Soziale Marktwirtschaft, mit ihrem wirtschaftlichen Aufschwung, mit der Vermehrung der Arbeitsplätze und der Sicherung unserer Stellung in der Weltwirtschaft gerettet hat.

Wir haben keine Veranlassung, daran vorbeizugehen, daß sich in dieser kritischen Phase die SPD ihrer Verpflichtung gegenüber der Allgemeinheit als nicht gewachsen gezeigt hat. Manche Worte, mit denen auch ihre Publikationen und Sprecher das Streikgeschehen begleiteten, klangen, als ob sie aus der alten Requisitenkiste des Klassenkampfes entnommen seien. Sie ließen das Gefühl für die Verantwortung vermissen, die die gesamte Situation uns auferlegt.

Die alte SPD kam zum Vorschein, die auch im vergangenen Jahrzehnt nicht wahrgenommen hat, was außenpolitisch die Stunde schlug. Von ihrem Anspruch, Volkspartei zu sein und für das Ganze verantwortlich zu stehen, ist in dieser Frage nichts übrig geblieben. Der kümmerliche Beitrag des offiziellen SPD-Pressedienstes zum entscheidungsvollen Montag war der entlarvende Satz: „Erhard ist kein passender Vermittler!“

Ihr Konrad Kraske

# „Goldener Plan“ begrüßt

## Sportkonferenz der CDU verabschiedet „Berliner Empfehlungen“

**„Sport und Spiel sind in besonderem Maße geeignet, die menschliche Persönlichkeit zu bilden und auf das Leben in Staat und Gesellschaft vorzubereiten. Aus dem Bereich des Sports stammt der so wichtige Begriff der Fairness, von dem ich mir wünsche, daß er auch für das politische Leben zum Maßstab werde.“**

Dieses Grußtelegramm richtete der Geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Staatsminister a. D. Josef Hermann Dufhues, an die Berliner Sportkonferenz der CDU/CSU, an der die Kulturpolitiker der Bundestagsfraktion und der Landtagsfraktionen sowie der Bundeskulturausschuß der Union teilnahmen.

Wichtigstes Ergebnis der Sportkonferenz, in der sich die CDU/CSU energisch für eine Förderung des Sports aussprach, war die Verabschiedung der „Berliner Empfehlungen“, in der folgende Forderungen erhoben wurden:

Wir halten es für notwendig,

- im Rahmen des ordentlichen Schulunterrichts wöchentlich zunächst mindestens drei Sportstunden zu erteilen,
- an den Pädagogischen Hochschulen Sport als Pflicht- und Prüfungsfach einzuführen,
- an den Berufsschulen Leibesübungen in den Unterricht aufzunehmen und
- den Sportunterricht an den Schulen durch den Bau entsprechender Übungsstätten, mit denen auch ländliche Schulen auszustatten sind, zu fördern. Sportübungsstätten sollten beim Bau von Schulen zum ersten Bauabschnitt gehören.

Die Sportkonferenz sprach sich ebenfalls dafür aus, daß Bund, Länder und Gemeinden den Sportvereinen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben helfen, die vor allem auf eine Breitenarbeit ausgerichtet sind. Ferner empfahl die Konferenz, kommunale Einrichtungen den Vereinen mög-

lichst kostenlos zur Benutzung zu überlassen sowie die Vereine finanziell zu unterstützen, damit sie hauptamtliche Übungsleiter anstellen können.

Einleitend hatte der Vorsitzende des CDU-Landesverbandes Berlin, der frühere

Bürgermeister Amrehn, auf die grundsätzliche Bedeutung des Sportler-Austauschs zwischen Berlin und Westdeutschland hingewiesen. Der Geschäftsführer des Deutschen Sportbundes, von Mengden, und der Präsident der Deutschen Olympischen Gesellschaft, hatten sich mit Fragen des Sportunterrichts an den Schulen und mit dem „Goldenen Plan“ befaßt.

Bundesjugendminister Dr. Heck begrüßte insbesondere den „Goldenen Plan“ als eine „staats- und parteipolitische Aufgabe“, der man zustimmen müsse. Der Sport sei nicht von der Kulturpolitik zu lösen, so sagte Heck, denn hinter dem „Goldenen Plan“ stehe eine gesellschaftspolitische Analyse.

## Junge Union hinter Erhard

### Landestagung der Jungen Union Rheinland

**„Die Junge Union wird Ludwig Erhard genauso freudig und opferbereit unterstützen wie bisher Konrad Adenauer,“ versicherte während der Landestagung der Jungen Union Rheinland ihr Bundesvorsitzender Dr. Even, MdB.**

Unter anhaltendem Beifall der Delegierten der Jungen Union Rheinland, die am letzten Wochenende in Kleve ihre Landestagung abhielt, bekannten sich Dr. Even und Außenminister Dr. Schröder zur Nominierung Dr. Erhards als Nachfolger Adenauers im Bundeskanzleramt. Dr. Schröder forderte Vertrauen und Loyalität für den von der CDU designierten Kanzlernachfolger Erhard und sagte, der Generationswechsel in der CDU sei ein ganz natürlicher Vorgang, der fälschlich dramatisiert worden sei. Es komme jetzt darauf an, das große politische Werk Adenauers sicher und gefestigt in der neuen Regierungsperiode fortzuführen.

Beide Politiker setzten sich in ihren Reden scharf mit der SPD auseinander.

Nachdem die Nachfolgefrage gelöst sei, erklärte Dr. Even, müsse die CDU „schlagfertig und kämpferisch“ die SPD stellen, die ihre hundertjährige marxistische Tradition nicht abgelegt, sondern nur versteckt habe. Überdeutlich sei die marxistische Tradition in der SPD-Jugendorganisation „Rote Falken“ ausgeprägt, die Dr. Even als „linksschräge Vögel“ bezeichnete. Aus Opportunitätsgründen verspreche die SPD allen Interessensverbänden die Erfüllung ihrer Wünsche und versuche, diese unverantwortliche Gefälligkeitspolitik als politisches Parteiprogramm auszugeben. Zwar stehe die CDU jetzt vor Schwierigkeiten, so meinte Dr. Schröder, sich ständig mit einer Partei auseinandersetzen zu müssen, die weite Teile des CDU-Programms kopiere, doch brauche die Union als entwicklungsfähige Partei die politischen Gegner nicht zu fürchten. Die politische und moralische Kraft der CDU reiche aus, um weiter eine erfolgreiche Regierungspolitik zu betreiben und gewisse organisatorische Schwächen in Zukunft zu überwinden.

In einer Entschließung wird für die Bundespartei der CDU die Ausarbeitung einer für alle Mitglieder verbindlichen Prinzipienklärung gefordert und die Aufstellung befristeter Aktionsprogramme empfohlen. Für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei wird mehr Aktivität verlangt und Stärkung ihres Eigengewichts gegenüber Fraktionen und Regierungen.

### Zur CDU übergetreten

Nach dem Vorsitzenden des Bezirksverbandes Hildesheim und des Kreisverbandes Peine der Gesamtdeutschen Partei ist jetzt auch der geschäftsführende Vorsitzende der GDP im Kreis Peine, Vitus Freimann, zur CDU übergetreten. In seiner Begründung erklärte Freimann u. a., daß der GDP-Landesvorstand den Kontakt zu seinen Mitgliedern und Wählern verloren habe. Außerdem sei es nicht sinnvoll, für eine Partei zu arbeiten, die keine Aussichten auf politische Erfolge habe.

## Ja zur Filmhilfe

### CDU-Fraktionsvorsitzende fordern in Wiesbaden rasche Lösungen

**Völlige Übereinstimmung wurde auf einer Tagung der Vorsitzenden der CDU-Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen in Wiesbaden über die Notwendigkeit von Hilfsmaßnahmen für den deutschen Film und über die Notwendigkeit einer Neuverteilung des Steueraufkommens erzielt.**

Die Fraktionschefs schlossen sich in der Filmfrage den Auffassungen des CDU-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik, Dr. Berthold Martin, an, der über den auf seine Initiative entstandenen Entwurf eines Filmförderungsgesetzes berichtet hatte. Dr. Martin hatte dabei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß der inzwischen im Bundestag eingebrachte Entwurf nicht in die Kompetenzen der Länder eingreife, sondern sich auf wirtschaftliche Hilfsmaßnahmen beschränke.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Tagung, die vom Vorsitzenden der CDU-Fraktion im hessischen Landtag, Dr. Großkopf, geleitet wurde, war eine Diskussion über die Neuverteilung des

Steueraufkommens nach Artikel 106 des Grundgesetzes. Auch hierbei, wie in anderen wichtigen Problemen, die Bund und Länder gemeinsam betreffen, wollen die CDU-Fraktionen künftig schneller zu konkreten Lösungen kommen.

Die Fraktionschefs — für die Bundestagsfraktion nahm deren stellvertretender Vorsitzender Bundesminister a. D. Lemmer an der Tagung teil — waren sich einig darüber, daß die Gesamtmasse des Steuerertrages von 92 Milliarden DM ausreiche, um die Ansprüche von Bund, Ländern und Gemeinden zu erfüllen. Es gehe im wesentlichen um die richtige Rangfolge. Die Fraktionsvorsitzenden wollen sich mit diesem Problem auf ihrer nächsten Zusammenkunft Anfang September in Bremen erneut beschäftigen.

# Unverantwortlich leichtfertig

## SPD-Abgeordnete Jahn und Merten vor Untersuchungsausschuß belastet

Die parlamentarische Untersuchung der sogenannten Dokumentenaffäre hat den Verdacht erhärtet, daß SPD-Bundestagsabgeordneten vorgeworfen werden muß, Staatsgeheimnisse mit einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit behandelt zu haben.

Bei der Durchsicherung des „Spiegel“-Archivs im November vergangenen Jahres wurden auch zwei Geheimdokumente des Verteidigungsausschusses entdeckt. Spätere Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ergaben den Verdacht, daß die Geheimdokumente über SPD-Bundestagsabgeordnete in den Besitz des „Spiegels“ gelangten. Im März sah sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Merten, Mitglied des Verteidigungsausschusses, gezwungen zuzugeben, seinem Fraktionskollegen Jahn eines der gefundenen Dokumente gegeben zu haben. Jahn bekannte, das Geheimdokument an den „Spiegel“-Redakteur Schmelz weitergeleitet zu haben.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe dieser Dokumenten-Manipulation klären will, verfuhr am 3. Mai die SPD-Abgeordneten Merten und Jahn. Dabei wurde Jahn von seinem Kollegen Merten stark belastet. Merten betonte in der öffentlichen Ausschusssitzung, daß er bei der Übergabe Jahn auf die Vertraulichkeit der Dokumente hingewiesen habe. Die Weiterleitung der Dokumente an den „Spiegel“-Redakteur Schmelz bezeichnete Merten als unkorrekt.

Der SPD-Abgeordnete Jahn versuchte, seine Handlung mit dem Hinweis zu bagatellisieren, das von ihm an den „Spiegel“-Redakteur Schmelz weitergegebene geheime Protokoll des Verteidigungsausschusses habe im wesentlichen nur die Behandlung der Personalangelegenheit Barth enthalten. Der CDU-Abgeordnete Prof. Süsterhenn verlas am Tage darauf in der nicht-öffentlichen Sitzung aus dem Geheimprotokoll seitenlange Passagen, die sich mit Lebensfragen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik befaßten. Im Anschluß daran richtete Prof. Süsterhenn an Jahn die Frage, ob er den verlesenen Inhalt nicht als Angelegenheit von höchster politischer Wichtigkeit, deren Mitteilung an Unbefugte den außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik schweren Schaden zufügte, betrachte. Jahn machte nunmehr im Hinblick auf das schwebende Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch. Auf Befragen des Ausschuß-Vorsitzenden Dr. Jaeger, ob Jahn vor der Weitergabe des Protokolls an den „Spiegel“-Redakteur Schmelz die von Prof. Süsterhenn zitierten politischen Pas-

sagen gelesen habe, antwortete Jahn mit „ja“.

Im weiteren Verlauf der Sitzung versuchte Jahn die Weitergabe des Geheimprotokolls an Schmelz u. a. damit zu verteidigen, der wesentliche Inhalt dieses Protokolls sei bereits vorher vom damaligen Bundesverteidigungsminister Strauß der Presse bekanntgegeben worden. Daraufhin griff der CDU-Abgeordnete Benda eine der von Prof. Süsterhenn verlesenen Passagen auf und fragte Jahn, ob Strauß auch über diese hochpolitischen Tatsachen vor der Presse Erklärungen abgegeben habe. Jahn mußte dies verneinen.

Hinsichtlich des zweiten Geheimprotokolls, das von der Bundesanwaltschaft

beim „Spiegel“ gefunden wurde, sollen nunmehr, nachdem der SPD-Abgeordnete Merten bestritten hat, das Protokoll an den „Spiegel“ weitergegeben zu haben, die Sekretärin Mertens sowie der Assistent und eine Sekretärin des Ausschusses für Verteidigung als Zeugen gehört werden.

Ferner wurde beschlossen, zu der Aussage des CDU-Abgeordneten Kliesing, daß er niemals irgendwelche Geheimdokumente des Verteidigungsausschusses oder geheimzuhaltende Mitteilungen aus dem Verteidigungsausschuß an Unbefugte weitergegeben habe, den „Spiegel“-Redakteur Ahlers als Zeugen zu hören.

Wie schwerwiegend die Handlungsweise der SPD-Abgeordneten ist, geht daraus hervor, daß sie vor strafrechtlicher Verfolgung auch nur durch ihre parlamentarische Immunität geschützt sind. Bisher hat nur Jahn gewisse Konsequenzen gezogen und auf seine Stellung als parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion verzichtet. Sein Angebot, das Mandat niederzulegen, war unter dem stürmischen Beifall der SPD-Fraktion von Ollenhauer abgelehnt worden.

## Fernsehen und Hörfunk

# Politische Verantwortung

In der letzten Rundfunkglosse hatten wir uns mit der Propaganda beschäftigt, die von Prag und Ostberlin für westdeutsche Gastarbeiter ausgestrahlt wird. Wir schrieben eingangs, daß es ungerecht wäre, zu behaupten, daß sich unsere Rundfunkanstalten nicht um die Erörterungen der Probleme ausländischer Arbeiter kümmern würden und erwähnten das gute Beispiel des Südwestfunks mit seiner allabendlichen Sendereihe, die doch Schule machen sollte. Es ist erfreulich, vom WDR zu hören, daß unser Wunsch überholt ist, denn auf die Initiative vom Intendanten des WDR, Klaus von Bismarck, werden bereits Gastarbeitersendungen maßgeblich vom WDR, aber auch vom Nord- und Süddeutschen Rundfunk gebracht. Um die redaktionelle Gestaltung hat sich im besonderen der WDR bemüht.

Einschränkende Einwände, wie man sie etwa von den beteiligten Botschaften hört, beziehen sich auf die gewünschte umfangreichere Sendezeit. Diese Wünsche sind sicherlich bei den Rundfunkanstalten erwogen worden. Aber die Anstalten müssen nicht nur auf die Bedürfnisse der deutschen Hörer Rücksicht nehmen, was die östlichen Sender als reine Propaganda-Instrumente natürlich nicht brauchen, sondern sie müssen auch auf die technischen und personellen Schwierigkeiten achten. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Gastarbeiter-Sendungen auf UKW bei weitem nicht von allen Zuhörern empfangen werden können, für die sie gedacht sind, so steht dem das rundfunktechnische Problem der gemeinsamen Mittelwelle für WDR und NDR entgegen, das die Möglichkeiten einer Programm-erweiterung einengt.

Die Ostsender aber, und darauf lief unsere Kritik hinaus, können ihre besten Sendemöglichkeiten zur Verfügung stellen und sind den Bemühungen unserer Rundfunkhäuser durch die Möglichkeit rücksichtsloser Programmplanung leider weit überlegen. Mit unserem durchaus

positiv-wohlwollendem kritischen Wort zielten wir auf die politischen Gesichtspunkte dieses Programmteiles.

Auch diese Bestrebungen der Rundfunkanstalten, die Gastarbeiter in unserem Land in ihrer Heimatsprache anzusprechen, gehören zu dem Problem der politischen Verantwortung der Rundfunkanstalten, von dem Ministerpräsident Dr. Meyers vor einigen Tagen in seinem Vortrag anläßlich des zehnjährigen Bestehens der „Deutschen Gesellschaft für Film- und Fernsehforschung“ in Düsseldorf sprach. Meyers sagte, daß „die tiefste Wurzel des verbreiteten Mißbehagens so mancher Mitbürger gegen das Fernsehen“ in dem Gefühl liege, ihm „trotz aller Sicherungen ausgeliefert zu sein.“ Es werde aber „nur in beschränktem Umfange möglich sein, durch Rechtsnormen, die mit der Herstellung von Fernsehsendungen befaßten Publizisten und Techniker dazu zu bringen, Form und Inhalt von Fernsehsendungen von bereits heute bekannten Gefahren für den Menschen freizuhalten“. Weil das aber leicht zu einer Gängelei führen könnte, forderte Meyers einen „Ehrenkodex für Fernsehschaffende“, der dem hippokratischen Eid der Ärzte entspreche, damit der Zuschauer die Gewähr habe, keine manipulierten und in schlechtem Sinne beeinflussende Sendungen zu sehen.

Wenn es sich erreichen ließe, daß unter Auswertung aller bislang mit meinungsbildenden Sendungen gemachten Erfahrungen ein solcher Kodex in der Tat wirksam werden würde, dann wäre einerseits die Freiheit der Rundfunkanstalten völlig gewährt und andererseits wäre endlich erreicht, daß gewisse Privatan-sichten nicht mehr unter dem Deckmantel einer objektiv scheinenden Berichterstattung verbreitet werden könnten. Wer es aber recht bedenkt, der müßte eigentlich einen solchen Kodex für überflüssig halten, weil die Sorgfaltspflicht und die neutrale Abgewogenheit bereits von den Gesetzen gefordert werden.

R.

## Senat tritt auf der Stelle

Die Bremer CDU-Bürgerschaftsfraktion hat den von der SPD geführten Senat der Hansestadt wieder einmal an parlamentarische Anfragen erinnern müssen, die sie bereits vor Jahresfrist gestellt hat. Trotz der Zusicherungen des Senats sei in den betreffenden Fragen, es handelt sich um Verkehrsprobleme, noch nichts geschehen. In einer neuen Anfrage hat die CDU nun den Senat an seine Versäumnisse erinnert.

# Erhard der ehrliche Makler

Ein großer Erfolg spiegelt sich in den Pressestimmen wider

*Die Beendigung des Arbeitskampfes ist ein persönlicher Erfolg Ludwig Erhards, heißt es in den ersten Pressekommentaren zur Einigung der Tarifpartner. Die Bild-Zeitung schreibt treffend: „Erhard ist der Mann des Tages“.*

„Der Minister hat nicht als Schlichter gesprochen, der einen Spruch diktierte. Er hat zu überzeugen versucht; und er hat das Verhängnis dieses Streiks für die gesamte Wirtschaft drastisch dargelegt. Seiner Autorität und Loyalität, die offensichtlich auch die Gewerkschaft anerkannt hat, ist es gelungen, daß aus dem ursprünglich beabsichtigten Kontaktgespräch zu später Nachtstunde Tarifverhandlungen wurden, die in einem Zuge zu einem Ergebnis führten. Das hatte, zumindest in dieser kurzen Frist, kaum jemand erhofft.“

Frankfurter Allgemeine, 8. Mai 1963

„Die Parteien waren hoffnungslos zerstritten, ohne Hoffnungen ging man zu dem Vermittlungsgespräch nach Bonn, und nur noch ein Wunder konnte die aussichtslos verfahren Situation retten.

Das Wunder kam also über Nacht, und man kann sagen, es ist das Verdienst von Ludwig Erhard. Er hatte einen hohen Einsatz gewagt und gewonnen. Denn wäre diese seine Vermittlungsaktion gescheitert, dann hätte es seinem persönlichen Prestige sehr geschadet, kurz nachdem er der designierte Nachfolger des Bundeskanzlers geworden war.

Um so größer gilt jetzt sein Erfolg. Er hat mit seinem zähen Einsatz diese Einigung erzwungen und damit unermesslichen Schaden von der deutschen Wirtschaft abgewendet. Denn dieser Arbeitskampf hätte sich wie in einer Kettenreaktion auf die gesamte Industrie ausgewirkt, hätte auch Betriebe und Industriezweige in den Strudel hineingerissen, die nicht unmittelbar an diesem Arbeitskampf beteiligt waren. Erhard hat diese Gefahr abgewendet; sein Prestige, seine Autorität als kommender Bundeskanzler ist damit ungemein gewachsen.“

Die Welt, 8. Mai 1963

„Der Bundeswirtschaftsminister und designierte Nachfolger Konrad Adenauers hat einen großen persönlichen Erfolg erzielt. Beide Tarifpartner der Metallindustrie bestätigen es ihm ohne jede Einschränkung: Seinen Vermittlungsbemühungen ist die Beendigung des Streiks und der Aussperrung in Baden-Württemberg zu verdanken. Desgleichen die voraussichtliche Abwendung des Streiks und der Aussperrung in Nordrhein-Westfalen und in anderen Bundesländern. Desgleichen die Abwendung der bedrohlich nahe gerückten Gefahr, daß Hunderttausende, vielleicht sogar Millionen Arbeitsplätze in den Zulieferer- und ‚Anschluß‘-Betrieben der Metallindustrie in allen Teilen der Bundesrepublik stillgelegt werden mußten.

Dieser volle Erfolg der Vermittlungsbemühungen Professor Erhards wird das

große Ansehen mehren, das der Bundeswirtschaftsminister als der Begründer und Motor der sozialen Marktwirtschaft im In- und Ausland genießt. Er wird auch mit einem Schlag das Vertrauen des deutschen Volks in Erhards Fähigkeit stärken, demnächst als Bundeskanzler ein guter Wähler und Mehrerer dessen zu sein, was dieses Volk in fleißiger Arbeit unter zielbewußter Führung erreicht hat.“

Kölnische Rundschau, 8. Mai 1963

„Ludwig Erhard ist der Mann des Tages. Er unternahm einen Vermittlungsversuch, zu dem er nicht verpflichtet ist. Er nahm das Risiko einer persönlichen Niederlage in Kauf. Und er gewann.

Mit Zähigkeit, mit physischer Kraft, mit überzeugenden Argumenten baute er in einer zwölf Stunden dauernden tarifpolitischen Schlacht die Brücke zwischen den beiden Lagern.

Erhard — Interessenvertreter der Unternehmer?

Erhard — Interessenvertreter des „kleinen Mannes“?

In Zukunft sollte man sagen: Erhard — der ehrliche Makler.“

Bild-Zeitung, 8. Mai 1963

## Kritik zurückgewiesen

Behauptungen des Einzelhandelsverbandes halten Prüfung nicht stand

**Zu der Kritik der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels an der Agrarmarkt-Ordnung und dem Bericht des Bundesernährungsministeriums über die Auswirkungen der europäischen Marktordnung erklärten Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß die Feststellungen des Einzelhandelsverbandes einer objektiven Prüfung nicht standhalten.**

Vor allen Dingen bestehe kein Grund, an den objektiven Berechnungen und Zahlenangaben des Bundesernährungsministeriums zu zweifeln, zumal sie auf der Basis einwandfreier Statistiken angestellt worden sind. Soweit Preissteigerungen bei Agrargütern festgestellt werden können, beziehen sie sich nur auf einige wenige Produkte, wie auch die Darstellungen des Einzelhandels lediglich auf die Preissteigerungen von Geflügel und Eiern abstellen.

Die jeweiligen Preissteigerungen bei diesen Erzeugnissen hängen aber in keiner Weise mit den EWG-Regelungen zusammen. Sie sind, wie das besonders bei den Eiern der Fall war, durch die Witterungsverhältnisse des vergangenen Winters bestimmt. In der Zwischenzeit haben die Eier schon wieder den Preis-Tiefstand des Vorjahres erreicht, ein weiterer Beweis dafür, daß die Preisentwicklung in keinem Zusammenhang mit den EWG-Marktordnungen stand.

Außerdem ist wegen der bis jetzt noch zu kurzen Anlaufzeit der Marktordnun-

Fortsetzung von Seite 2

Bundeswirtschaftsministerium begonnen. Die IG Metall wude von dem Vorsitzenden Brenner angeführt, an der Spitze der Arbeitgeberseite stand der Gesamtmetallvorsitzende Herbert van Hüllen. Zwei Stunden führten die drei Gesprächspartner gemeinsame Besprechungen. Sie wurden dann von Erhard unterbrochen, um den beiden Kontrahenten Gelegenheit zur Aussprache zu geben. Danach sprach Erhard getrennt mit der IG Metall und den Arbeitgebern. Nach einer zwölfstündigen Dauersitzung fanden dann die Gewerkschaften und Unternehmer eine Kompromißformel, auf die sie sich einigen konnten. Daß es gelungen ist, trotz skeptischer Prognosen zu diesem Ergebnis zu kommen, ist unbestreitbar ein besonderes Verdienst Prof. Erhards, von dem die Initiative zu diesem entscheidenden Gespräch ausgegangen war. Seinem eindringlichen Appell haben sich die Verhandlungspartner ihrerseits nicht verschlossen, so daß ihnen Ludwig Erhard bescheinigen konnte, sie hätten im Sinne und zum Wohle des ganzen deutschen Volkes gute Arbeit geleistet und eine Haltung gezeigt, die er von ihnen erwartet und gewünscht habe. Das Abkommen sei zu verantworten, erklärte Erhard und liege im Rahmen der Produktivität dieses Wirtschaftszweiges, so daß preisteigernde Wirkungen nicht zu befürchten seien.

Die erfolgreiche Vermittlung durch Prof. Erhard bedeutet für die SPD nach ihrer ganzen, den Vermittlungsversuch gefährdenden Polemik gegen Erhard, eine harte und verdiente Zurechtweisung.

gen in der EWG ein praktikabler Vergleich nicht möglich. Der Zeitraum für eindeutige Vergleiche ist zu gering. Auch die genannten Milliardenbeträge zur Förderung der Landwirtschaft sind aus dem Zusammenhang gerissen und deshalb irreführend. Solche Angaben haben nur dann Aussagekraft, wenn auch die öffentlichen Förderungsmaßnahmen für andere Bereiche des Bundeshaushaltes genannt werden.

### KPV in Karlsruhe

In Karlsruhe wurde eine Kommunalpolitische Vereinigung gegründet. Bürgermeister Dullenkopf sprach sich dabei für eine enge Zusammenarbeit zwischen der KPV und der CDU-Stadtratsfraktion aus. Ziel der neuen Kommunalpolitischen Vereinigung sei es unter anderem, so führte Dullenkopf aus, Bildungsorgan für die kommunalpolitische Arbeit zu sein und vor allem jungen Menschen die Chance zu geben, in die Probleme der Gemeindepolitik hineinzuwachsen.

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Unterstützung zugesagt

Die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag hat dem Landesvorstand des Bundes der Vertriebenen in einem Gespräch, an dem auch Sozialminister Grundmann teilnahm, die Unterstützung bei der Lösung verschiedener Fragen zugesagt. Die Unionsfraktion will Beschwerden der Vertriebenen an Rundfunk- und Fernsehsendungen nachgehen und auch verhindern, daß der Bau landwirtschaftlicher Nebenerwerbsstellen in den sozialen Wohnungsbau übernommen wird.

## Oder/Neiße in Wolfenbüttel

Der geschäftsführende Vorstand des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße wird am Wochenende auf einer Sitzung in Wolfenbüttel sein Arbeitsprogramm für die kommenden Monate festlegen. Der Vorstand wird sich dabei u. a. auch mit der vorgesehenen Intensivierung der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik der Union befassen, wofür der Bundestagsabgeordnete Hans Krüger und der frühere Bundesminister Waldemar Kraft besondere Aufträge erhalten haben. Außerdem soll die gegenwärtige politische Lage auf dem Vertriebenen- und Flüchtlingssektor gründlich analysiert werden.

## Wieder in den Bundestag

Der Vorsitzende des CDU/CSU-Landesverbandes Oder/Neiße, Prof. Dr. Dr. Oberländer, wird in den Bundestag zurückkehren. Der frühere Bundesvertriebenenminister ist auf der niedersächsischen CDU-Landesliste Nachfolger der kürzlich verstorbenen Abgeordneten Elisabeth Vietje.

## Verbesserungen in der 17. Novelle

Für eine Verbesserung der Altersversorgung der früher Selbständigen setzt sich eine Gruppe von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten mit Hans Krüger an der Spitze ein. Das soll bereits in der 17. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz geschehen, in der nach den bisherigen Plänen lediglich eine Erhöhung der Unterhaltshilfe vorgesehen war. Wie Krüger kürzlich auf einer Tagung des CDU-Landesvertriebenenausschusses Braunschweig erklärte, soll die Novelle noch im Mai dem Bundestag vorgelegt werden und im Juni Gesetzeskraft erhalten.

## Barzel an der Zonengrenze

Der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Dr. Rainer Barzel, informierte sich während einer dreitägigen Besichtigungsreise an die Zonengrenze vor allem über die Situation im südniedersächsischen Raum. Im Grenzdurchgangslager Friedland führte Barzel Gespräche mit dem Vorsitzenden des Zonengrenzlandausschusses im niedersächsischen Landtag, Heinz Müller-Osterode (CDU).

# Maßlose SPD-Forderungen

## Krüger vor dem Landesvertriebenenausschuß der CDU Westfalen

Vor dem Vertriebenenausschuß des CDU-Landesverbandes Westfalen in Hamm übte der Vorsitzende des Arbeitskreises Heimatvertriebene und Flüchtlinge in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans Krüger, scharfe Kritik an der SPD, der er insbesondere vorwarf, maßlos Gesetzentwürfe zu Vertriebenenfragen einzubringen.

Krüger erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß die SPD den Lastenausgleich zunächst nur als Fürsorgemaßnahme verwirklicht haben wollte. Heute stelle sie dagegen Anträge, deren Erfüllung die Währung ruinieren müsse. Der CDU-Bundestagsabgeordnete stellte dazu unmißverständlich fest, daß sich die Heimatvertriebenen als „Teil des ganzen Volkes betrachten, dessen Gesamtprobleme sie nicht gefährdet, sondern ebenfalls gelöst sehen“ wollen.

Krüger erhielt starken Beifall, als er im Verlauf seiner Rede Bundeskanzler Adenauer den Dank der Vertriebenen und Flüchtlinge dafür aussprach, daß er stets sehr entschieden ihre berechnete Sache vertreten habe. Krüger sagte: „Unsere Probleme waren innen- und außenpolitisch bei Konrad Adenauer in sehr guten Händen.“ Auch für die Zukunft hofften die Vertriebenen, so sagte Krüger, ein so entschiedenes Eintreten für die Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße.

Auf die Frage der Intensivierung der Vertriebenen- und Flüchtlingspolitik der Union eingehend, erklärte Krüger, man müsse bei künftigen Wahlen mehr als bisher von der Tatsache ausgehen, daß 25 Prozent der Wähler in der Bundesrepublik Heimatvertriebene oder Flüchtlinge aus Mitteldeutschland seien. Der Abgeordnete äußerte sich befriedigt über den ihm vom Geschäftsführenden CDU-Vorsitzenden Duffhues übertragene Aufgabe, eine Rangfolge aller noch in dieser Legislaturperiode zu lösenden Probleme auf diesem Sektor aufzustellen.

Nach einem Arbeitsbericht des Vertriebenenreferenten in der CDU-Landesgeschäftsstelle Westfalen, Großkortenhaus, über die vergangenen zwei Jahre wurden die Vorstandswahlen durchgeführt. Dabei wurden der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Paul Scholz, die Stellvertreter Neumann-Wedekind und Schulz sowie die Beisitzer einstimmig wiedergewählt. Zu ihnen gehören u. a. der Bundestagsabgeordnete Heinrich Windelen und der Landtagsabgeordnete Christoph Schulze-Stapen.

# Kultureller Mittelpunkt ...

## ... der Siebenbürger Sachsen entsteht in Nordrhein-Westfalen

Die Bundesregierung hat es in ihrer Vertriebenenpolitik schon immer als wesentliche Aufgabe angesehen, die kulturellen Eigenarten der ostdeutschen Landsmannschaften zu pflegen und zu fördern. Sie wird dabei seit Jahren von mehreren Landesregierungen besonders aktiv unterstützt.

Neben den Landesregierungen von Schleswig-Holstein, Bayern und Baden-Württemberg beispielsweise, die sich um die Erhaltung ostdeutschen Kulturgutes besondere Verdienste erworben haben, hat sich auch die nordrhein-westfälische Landesregierung auf diesem Gebiet stets positiv gezeigt und den Prinzipien der Vertriebenenpolitik des Bundes in besonderem Maß Rechnung getragen.

Ein neues Beispiel für die Aufgeschlossenheit der Regierung des größten Bundeslandes ist der Plan, in Drabenderhöhe im Obergergischen Kreis den kulturellen Mittelpunkt aller in der Bundesrepublik lebenden Siebenbürger Sachsen zu schaffen, der zugleich die geistige Brücke zu den mehreren hunderttausend noch in Rumänien unter kommunistischer Herrschaft lebenden Landsleuten werden soll.

Mit maßgeblicher Förderung des nordrhein-westfälischen Arbeits- und Sozialministeriums soll eine Siedlung für 1500 Siebenbürger Sachsen entstehen, die Minister Grundmann (CDU) erst kürzlich als einen „ausgesprochenen Gewinn für uns“ bezeichnete. Bereits früher hatte das Land den Bau von drei Gemein-

schaftssiedlungen für Siebenbürger Sachsen in anderen Teilen des Landes unterstützt. Nordrhein-Westfalen machte mit der geschlossenen Ansiedlung dieser Volksgruppe nur gute Erfahrungen.

Das Land, das die Patenschaft über die Siebenbürger Sachsen übernommen hat, sieht es als eine besondere Verpflichtung an, die kulturelle Eigentümlichkeit dieser Menschen zu erhalten, die sich über 800 Jahre bewährt hat.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Vertretung René Ahrlé, beide Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 193 795, Commerzbank Bonn Nr. 12 493 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# DFU auf neuen Wegen

Diesmal mit einem katholischen Mäntelchen getarnt

**In Köln hat sich ein Arbeitskreis „Pax Vobis“ konstituiert, dessen Zusammensetzung ihn in die verdächtige Reihe der „Friedenskämpfer“ östlicher Observanz verweist, wenn man die Personen seines Präsidiums näher prüft.**

Nach außen hin gibt sich der Arbeitskreis christlich und bieder. Er hat sich das Ziel gesteckt, im Sinne der letzten Friedenszyklika des Papstes zu wirken. Unverfänglich heißt es in dem Gründungskommuniqué, daß „Pax Vobis“ sich in Zusammenarbeit bemühe, „mit den katholischen Gruppen gleicher Zielsetzung in anderen Ländern, im Sinne der päpstlichen Ermahnungen dem Frieden unter den Menschen zu dienen.“

Welche Gruppen damit gemeint waren, ging aus den Grüßen hervor, die zur Gründung in Köln eintrafen. Aus Frankreich meldete sich der in Laienstand versetzte rote Abbé Boulier, der 1959 den mitteldeutschen Bischöfen, die sich gegen die Kirchenverfolgung wandten, Unwarhaftigkeit vorwarf und erklärte: Gott brauch nicht die Lüge, daß die Kirche in der Zone zum Schweigen verurteilt sei und unter dem Kreuz leide. Auch Professor Dobretsberger aus Graz, der dem kommunistisch dirigierten „Friedensrat“ nahestand, hatte seine besten sich bezeichnenderweise Johannes Stefa-

nowicz, ein Mitglied der rötlich schillernenden „Pax“-Vereinigung.

Lassen schon diese Absender der Glückwunschadressen einiges über den wahren Charakter des Arbeitskreises vermuten, so bestätigt die personelle ZuWünsche übermittelt. Aus Polen meldete

## „Bauernbefreier“ Kubel

**Seine Auffassung bedeutet Vernichtung von 140 000 bäuerlichen Existenzen**

**Wie bei Vertriebenen und Flüchtlingen sind in letzter Zeit die gezielten Anbiederungsversuche der SPD bei der Landwirtschaft besonders auffällig. Parallelen bestehen zwischen diesen Bevölkerungsgruppen insofern, als die SPD für beide ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten des Haushalts Forderungen erhebt, deren propagandistischer Charakter allzu deutlich ist.**

Auch der kürzlich veröffentlichte „Landwirtschaftliche Sozialplan“ zielte deutlich in diese Richtung. Dieser Wahlstimmen-Köder für einen sozialistischem Gedankengut bisher stets abholden konserva-

sammensetzung des Präsidiums von „Pax Vobis“ eindeutig, daß es sich um einen getarnten Ableger der DFU handelt. Denn zum Präsidium gehören: Karl Graf von Westphalen (DFU), „Siedlervater“, Dr. Nikolaus Ehlen (DFU), Prof. Dr. Klara Marie Faßbinder (DFU) als Friedensklärchen bekannt, Schriftsteller Hans Würtz (DFU). Geschäftsführendes Vorstandsmitglied ist der Journalist Wilhelm Karl Gerst, Mitglied der Ost-CDU und langjähriger Bonner Korrespondent der zonenamtlichen Nachrichtenagentur ADN.

Diese Namen sind ein Programm, das eigentlich deutlich genug ist, gutgläubige Mitläufer über die Gesellschaft aufzuklären in der sie in diesen Arbeitskreis geraten sind.

tiven Bevölkerungsanteil hätte den Bundeshaushalt in einem nicht vertretbaren Ausmaß belastet. Es ist müßig, zu erwähnen, daß sich die SPD keine Gedanken darüber gemacht hat, woher die 2,4 Milliarden DM zu nehmen sind, die nach ihrer Auffassung allein 1963 „für die soziale Sicherung der in der Landwirtschaft Tätigen mit Ausnahme der Landarbeiter“ notwendig sind.

Dem angeblichen Interesse der Sozialdemokraten für landwirtschaftliche Belange steht allerdings der niedersächsische Landwirtschaftsminister Kubel (SPD) gegenüber, der mit seiner Auffassung vom „freien Bauerntum“ berechtigte Empörung und Unruhe in Kreisen der Landwirtschaft ausgelöst hat. Kubel versteht unter „freiem Bauerntum“ Bauernhöfe, die bei einem jährlichen Mindestumsatz von 50 000 DM drei Arbeitskräfte beschäftigen können.

Die niedersächsische CDU befaßte sich kritisch mit den Erklärungen des „Bauernbefreiers“ Kubel und stellte dazu fest, daß ein solcher Jahresumsatz eine Betriebsgröße zwischen 25 und 35 Hektar erfordert. Da allein die Zahl der Bauernhöfe bis zu 20 Hektar Größe in Niedersachsen rund 140 000 beträgt, bedeute diese „Bauernbefreiung“ also die Vernichtung von über 140 000 bäuerlichen Existenzen. Die „Oldenburgische Volkszeitung“ kommentierte diese Schlußfolgerungen am 4. Mai 1963, ein solches Bauernlegen habe es in der deutschen Geschichte überhaupt noch nicht gegeben.

Der Sprecher der niedersächsischen CDU erhob nun in diesem Zusammenhang schwere Vorwürfe gegen Kubel, weil er die Bedeutung der Flurbereinigung noch nicht erkannt und notwendige Maßnahmen in dieser Richtung versäumt habe, die gerade zur Sanierung kleinerer und mittlerer Bauernhöfe beigetragen hätten. Niedersachsen steht in der Flurbereinigung an letzter Stelle aller Bundesländer. Wenn das derzeitige Tempo nicht beschleunigt wird, ist beispielsweise die Dringlichkeitsstufe I erst in dreißig Jahren erledigt.

## Die Story vom Banknotenbündel

**DFU-Landesverband Niedersachsen praktisch vor der Selbstaflösung**

**Die pankow-freundliche Deutsche Friedensunion sieht den niedersächsischen Landtagswahlen mit sehr gemischten Gefühlen entgegen. Ihres Landesvorsitzenden und anderer führender Funktionäre ledig, sieht sie sich mehr denn je dem Verdacht ausgesetzt, aus sowjetzonalen Finanzkanälen gespeist zu werden.**

Die nur 500 Mitglieder zählende niedersächsische DFU geriet bereits vor einiger Zeit in Bewegung, was dem Kölner DFU-Direktorium mißfiel. Zwölf führende DFU-Funktionäre, unter ihnen der Theologieprofessor Dr. Dr. Colpe, veröffentlichten eine „Göttinger Erklärung“ und forderten die Partei auf, sich eindeutig zu den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates zu bekennen. Automatisch sollten, so forderten die Göttinger, alle Mitglieder ausgeschlossen werden, die durch Geist oder Haltung gegen dieses Manifest verstießen.

Diese Erklärung habe zu einer Kampagne des DFU-Direktoriums gegen den niedersächsischen Landesvorstand geführt, die darin ihren Höhepunkt erreichte, daß Landesvorsitzender Bednarski, einst BHE-Funktionär, wegen „massiver Unregelmäßigkeiten und ebenso dunklen wie raffinierten Finanzmachenschaften“ seines Amtes enthoben wurde.

So sagt jedenfalls Bednarski, der nun seinerseits aus der Partei austrat, den Landesverband praktisch für aufgelöst erklärte, die möglichen DFU-Wähler zur Stimmenthaltung aufforderte und Straf-

anzeige wegen Verleumdung und übler Nachrede gegen das DFU-Direktorium erstattete. Er zeigte auch gleich noch den DFU-Bundesgeschäftsführer Pfarrer Werner an, der ihn der „Korruption“ bezichtigt hatte.

Bednarski stoppte seinen Angriff gegen die früheren Gesinnungsgenossen nicht. Im Gegenteil, in einer Pressekonferenz erhob er schwere Anschuldigungen gegen die DFU-Spitze wegen der unklaren Finanzierung der Partei. Er berichtete von häufigen Besuchen des Spitzenfunktionärs Graf von Westphalen, der ihm immer, aus Berlin kommend, ohne Kuitung dicke Banknotenbündel übergeben habe sowie von Überweisungen durch Unbekannte. Er gab zwar keine direkte Antwort auf die Frage, ob er Beweise für eine sowjetzonale Herkunft der Gelder habe, aber immerhin stellte er die vieldeutige Gegenfrage, woher die „Millionenbeträge gekommen sein können, die schon in die DFU geflossen sind?“

Das DFU-Direktorium hat sich nach den Strafanzeigen und den Enthüllungen Bednarskis merkwürdigerweise still verhalten, obwohl es ansonsten mit Erklärungen immer schnell zur Stelle ist.